

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7. Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 137 A

BERLIN • Dienstag, den 14. Juni 1932

1. JAHRGANG

Auf dem Wege zum KP-Verbot.

Demokratie.

Ein Blick hinter die Kulissen.

Von Willi Eichler.

Es ist nicht leicht etwas Erbarmungswürdiges denkbar, als angesichts der heutigen sich aufdrängenden Niederlage der Demokratie zu beobachten, wie führende Demokraten versuchen, ihr altes Dogma zu retten, das Dogma von der parlamentarischen Kontrolle der Regierung, der Regierung aller durch alle, oder wie all die ausgedachten unmöglichen Einrichtungen getauft sein mögen, die unter dem Sammelnamen „Demokratie“ nicht nur ihr Dasein fristen, sondern auch gerade in den Köpfen von Millionen Menschen unentwirrbares Unheil angerichtet haben.

Neben die vielen Akrobaten- und Advokatenkunststücke, die unheilbare Geisteskrankheit der sogenannten demokratischen Ideologie in eine verständliche Lehre umzuwandeln, tritt in einer sehr angesehenen demokratischen Provinzzeitung, dem „Dortmunder Generalanzeiger“, der Versuch einer Kritik der demokratischen Praxis. Diese Kritik ist nicht weniger interessant als eine theoretische Auseinandersetzung. Wir lesen da z. B.:

„Wenn wir heute rückwärts blicken, dann muß festgestellt werden, daß für die meisten Politiker ... die Entwicklung der letzten Wochen völlig überraschend kam. ... Eine Erfahrung der letzten Jahre hat sich hier bestätigt, nämlich, daß die Parlamentarier oft am wenigsten wissen, was hinter den Kulissen der hohen Politik vorgeht.“

Daß für den „Dortmunder Generalanzeiger“ die Politik der letztvergangenen Wochen überraschend kam, ist klar. Für Demokraten muß es schon überraschend sein, wenn die Mehrheit idiotische Maßnahmen beschließt. Vernünftige Leute überrascht dies nicht; denn in einer Welt, in der die Wahlpropaganda von so geschickten Reklamefachleuten wie der kapitalistischen Presse, der bürgerlichen Schule und der Kirche gemacht wird, von anderen Gegnern einer vernünftigen Lebensgestaltung ganz zu schweigen, darf man sich nicht wundern, wenn das Ergebnis einer so raffiniert geplanten Unbildung auch wirkliche Unbildung ist.

Die armen Parlamentarier bekommen nun von ihrem demokratischen Leiborgan theoretisch eins auf den Hut, daß sie nicht „hinter die Kulissen“ geguckt haben, — übrigens regt sich auch Herr HÖRSING seit einiger Zeit darüber auf, daß seine ehemaligen sozialdemokratischen Führer das nicht gemacht haben. Aber mit Verlaub zu fragen: Hinter welche Kulissen soll eigentlich ein Demokrat — ein Parlamentarier — gucken? Seiner Theorie nach hat er Stimmzettel einzufordern, die nach dem geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht abgegeben worden sind, hat die Stimmzettel zu sortieren und zu zählen. Die auf diese Weise gewählten Vertreter des „Volkes“ sitzen dann im Parlament und haben dort ihre und die Wünsche ihrer Wähler vorzubringen, es wird für und gegen diese Wünsche gesprochen, dann werden die Finger hochgehoben bzw. Karten abgegeben, und wer dabei die meisten Stimmen erhält, der hat Recht.

Wo sind hier Kulissen?

Hier gibt es zweierlei Kulissen: Die eine besteht darin, daß ein großer Teil der

Abgeordneten den Wählern etwas vormacht,

aus verschiedenen Gründen, sich in das Parlament hineinschwindelt und sich dann nicht mehr an seine Versprechungen hält, daß er z. B. für Panzerkreuzer stimmt, obwohl er vorher ausdrücklich gefordert hat: Brot statt Panzerkreuzer! Die andere Kulisse besteht darin, daß die zu wählenden oder auch schon gewählten

Regierungsvertreter den Abgeordneten etwas vormachen.

Das Gemeinsame dieser beiden Kulissen liegt — oberflächlich gesehen — in der Unzulänglichkeit der Wähler und der Abgeordneten. Der „Dortmunder Generalanzeiger“ stellt das selber sehr treffend bildlich dar, indem er Herrn VON PAPAN in ein Auto steigen läßt, das Deutschland heißt und das Herr VON PAPAN steuern soll. Ueber dem Bild kann man lesen: Jeder Chauffeur muß eine Prüfung abgelegt haben. Unter dem Bild steht: Den Staatslenkern ist der Befähigungsnachweis erlassen. Merkwürdig ist, daß die Demokraten gerade bei Herrn VON PAPAN darüber stolpern, daß ein Befähigungsnachweis für einen Posten etwas Schönes ist — er wäre es übrigens auch für den Posten eines politischen Redakteurs. Wenn für den Posten eines Staatslenkers ein Befähigungsnachweis gut, ja geradezu unerlässlich ist — was wir nicht etwa bestreiten! —, dann erklären sich die Demokraten mit dieser Forderung selber zu Schwachköpfen. Denn

Spitzel, Spione und Fälscher.

Der „Angriff“ als Materiallieferant.

W—er. Wir haben bereits vor einigen Wochen darauf hingewiesen, daß die zunehmenden Erwerbslosenunruhen, die an sich völlig verständlich sind, sehr leicht der organisierten linken Arbeiterschaft in die Schuhe geschoben werden können. Es wäre natürlich auch keine Schande, wenn die Führung der linken Arbeiterschaft dafür sorgte, daß es den Wohlfahrtserwerbslosen besser ginge. Hier kommt es aber darauf an,

daß durch spontane Verzweigungsausbrüche niemandem geholfen wird

— weder den Erwerbslosen selber, die dadurch keine Arbeit bekommen, noch der organisierten Arbeiterschaft, der gegenüber diese Unruhen als erwünschter und billiger Vorwand dienen, ihre Organisationen unter reaktionären Terror zu setzen. Diese Gefahr besteht gerade jetzt, wo die PAPEN-Regierung die ideologische und organisatorische Vorbereitung eines Wahlsieges in Angriff genommen hat. Wir haben deshalb seinerzeit die Führung der Kommunistischen Partei ausdrücklich auf diese Gefahr hingewiesen und selbst bürgerliche Zeitungen wie das „Berliner Tageblatt“ haben den gleichen Warnungsruf ausgestoßen. Das Zentralkomitee der KP hat auf diese Mahnungen erfreulich schnell und klug reagiert, indem es eindeutig erklärt hat:

„Die Kommunistische Partei hat es nicht nötig, irgendwelche geheimnisvollen „Aktionen“ zu organisieren. Sie setzt alle ihre Kräfte in voller Öffentlichkeit dafür ein, entsprechend dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 25. Mai und dem Wahlauftrag der Partei vom 5. Juni die Massen des Proletariats und der Werktätigen im Zeichen der antifaschistischen Aktion zur roten Einheitsfront zusammenzuschweißen. ... Alle unsinnigen Gerüchte über Geschäftsplünderungen der KPD u. s. w. sind dazu bestimmt, im Interesse des Faschismus den antifaschistischen Kampf der KPD zu beeinträchtigen.“

Da es also auf gewöhnliche Weise nicht geht, versucht man es auf ungewöhnliche, d. h. auf eine inzwischen auch schon üblich gewordene Art:

Beweismaterial, das nicht besteht, wird erfunden!

Der Redakteur ERICH WOLLENBERG von der „Roten Fahne“, ein alter Kommunist, der bei der Führung der roten Truppen während der Münchener Rätezeit eine bedeutende Rolle gespielt hat und der später Offizier in der roten Armee der Sowjet-Union gewesen ist, wurde jetzt verhaftet. Er war vor etwa zehn Tagen zu einer Diskussion mit NS gegangen, die in den Berliner Pharus-Sälen eine „Versammlung veranstalteten“. Er wurde dort von den Diskussionsgegnern, den NS, niedergeschlagen, seine Aktentasche wurde ihm gestohlen. Dafür sind nicht etwa die nationalsozialistischen Strolche wegen Diebstahls hinter Schloß und Riegel gekommen, sondern WOLLENBERG wurde verhaftet, und zwar deswegen, weil der „Angriff“ (eine Woche später!) angeblich aus dieser Aktentasche stammendes Material über eine kommunistische „Terrorzentrale“ veröffentlicht hat. Das eigenartige dieser Machenschaften liegt auf der Hand: Wenn wirklich das Material so belastend wäre, daß daraufhin ein Kommunist verhaftet werden könnte, dann hätte der „Angriff“ mit der Veröffentlichung des Materials nicht eine Woche gewartet. Dazu kommt, daß die Polizei einem Material gegenüber, das von so ausgesprochenen Gegnern eines Beschuldigten, und nur von diesen stammt, im allgemeinen mißtrauischer ist und nicht gleich mit Verhaftungen ein-

sie selber halten ihrer Theorie nach den Befähigungsnachweis bei Staatenlenkern für erbracht, wenn die Mehrheit sich für einen solchen ausgesprochen hat. Als korrekte Demokraten haben sie gegenüber einem mit Mehrheit gewählten Staatenlenker und Abgeordneten den Mund zu halten — wenigstens in bezug auf den Befähigungsnachweis —; denn wenn es ein Prinzip gibt, auf Grund dessen man den Befähigungsnachweis eines Staatenlenkers unabhängig von der Mehrheit erbringen, ja sogar den Mehrheitsbeschluss selber als Irrtum erweisen kann, dann ist es eine unerhörte theoretisch- und praktisch-politische

Schande, den besseren Weg, den man kennt, nicht zu gehen

AUS DEM INHALT:

- Das heiße Eisen der Siedlung.
- Die unbekanntenen Brüder.
- Nationalsozialismus und Erziehung.
- Einflußlosigkeit und Ahnungslosigkeit.
- RGO fordert Spaltung im Namen der Einheitsfront.
- Wohnungsnot — bei leeren Wohnungen?

schreitet, bevor sich weiteres „Beweismaterial“ gefunden hat.

Die „Rote Fahne“ teilt zu dem Vorfall mit: „Der „Angriff“ veröffentlicht eine Anzahl angeblicher Dokumente, die aus der Aktentasche eines Redakteurs der „Roten Fahne“ stammen sollen. Diese Dokumente, die offenbar die SA zu Gewalttaten gegen die „Terrorzentrale Rote Fahne-Redaktion“ aufreizen sollen, sind sämtlich schon beim ersten Blick als grobe Fälschungen zu erkennen. Der „Rote Fahne“-Redakteur WOLLENBERG, der in den Pharus-Sälen von SA-Leuten überfallen und niedergeschlagen wurde, hatte in seiner Aktentasche lediglich Agitationsmaterial gegen die NSDAP, wie Zeitungsausschnitte und Zeitschriften.“

Diese Darstellung klingt weitaus überzeugender, als daß ein kommunistischer Redakteur mit so reichhaltiger Erfahrung wie WOLLENBERG ein so belastendes Material in den Taschen herumgetragen haben sollte.

Die Fälschung des „Angriffs“ scheint also ziemlich erwiesen zu sein. Es fragt sich nur, ob die Erfindung dieses Materials nur auf einen Agitationsstrick eines nationalsozialistischen Propagandaleiters zurückzuführen ist, oder ob nicht andere, an einem Verbot der Kommunistischen Partei interessierte Stellen dem „Angriff“ dazu verholfen, ja ihn vielleicht sogar dazu angeregt haben.

Leider hat sich die Polizei über die Verhaftung WOLLENBERGS bisher noch nicht näher geäußert — „im Interesse der Untersuchung“.

Es ist ein beliebtes Mittel, die Organisationen der Arbeiterschaft durch die Tätigkeit von Spitzeln und Fälschern ruinieren zu lassen. Das bekannteste der jüngsten Zeit ist der gefälschte „Sinowjew-Brief“, mit dessen Hilfe sich 1924 die konservative Partei Englands einen Wahlsieg verschaffte. Das Vorhandensein von Spitzeln ist bei der ziemlich wahllosen Aufnahme in die Parteien der Arbeiterschaft auch sehr schwer zu verhindern. Solange diese Parteien nicht

eine eingehende Kontrolle der neu eintretenden Mitglieder vornehmen (eine Kontrolle, die wir für unerlässlich halten), solange muß jeder Genosse ein scharfes Auge haben auf der Suche nach bezahlten Spitzeln, diesen verächtlichsten Subjekten im Dienst der herrschenden Klasse.

Protest gegen SA.

Gegen die Aufhebung des SA-Verbots protestiert die rheinische Zentrumspartei, in einem Telegramm an HINDENBURG und an den Reichsinnenminister. Mit Recht befürchtet sie die Gefährdung der Ruhe und Ordnung „in der Westmark mit ihren zusammengeballten Menschenmassen“.

und der als unzureichend erkannten demokratischen Staatsform nach wie vor die Ehre zu erweisen, sie für die beste zu erklären. Auch für Staatsformen gilt offenbar das, worüber sich der „Dortmunder Generalanzeiger“ bei PAPAN aufregt: Diese brauchen keinen Befähigungsnachweis zu erbringen; denn wenn das nötig wäre, könnte es heute keinen Demokraten mit gesunden Sinnen mehr geben.

Freilich genügt es nicht, nicht Demokrat zu sein. Ueber die negative Ablehnung der Demokratie hinaus hat deshalb auch der ISK auf die Initiative seines theoretischen Führers und politischen Gründers, LEONARD NELSONS, das Prinzip der Führerschaft aufgebaut, über dessen Möglichkeit und Tauglichkeit die Literatur und der praktische Kampf dieses Bundes Aufschluß geben

Krieg in der Mandschurei.

Die Bedeutung des Kellogg-Paktes für den Frieden.

Der japanische Vormarsch in der Mandschurei dauert an. Die japanischen Truppen rücken von Tsitsikar aus nördlich gegen Aigun vor, offensichtlich in der Absicht, die chinesischen Streitkräfte zum Ueberschreiten der russischen Grenze zu zwingen. Verstärkungen sind herangezogen worden.

Nach japanischen Meldungen sind die Truppen des Generals MA geschlagen und zerstreut worden und ziehen sich nach der russischen Grenze zurück.

Aus Tokio wird gemeldet, daß von chinesischer Seite der Vorschlag eines chinesisch-japanischen Nichtangriffsvertrages gemacht worden sei. In amtlichen japanischen Kreisen sei er mit der Bemerkung:

der Friede zwischen beiden Staaten sei durch den **KELLOGG-Pakt hinreichend gesichert,**

kühl aufgenommen worden. Erst müsse die mandschurische Frage geklärt werden, ehe man über einen solchen Vertrag verhandeln könne.

Uebergangskabinet in Rumänien.

Die Regierungskrise in Rumänien ist durch die Bildung einer Regierung vorläufig abgeschlossen, die selber erklärte, nur die Ausschreibung der Neuwahlen übernehmen und für diese Zeit die Geschäfte führen zu wollen.

Der Ministerpräsident VAJDA gehört der nationalzarautischen Partei an, die auch unter dem Namen der nationalen Bauernpartei bekannt ist und — unter gewissen demokratischen Formen — eine nationalistische Politik vertritt.

Vor Pressevertretern erklärte VAJDA, seine Regierung werde sich nicht mit dem großen Finanzproblem Rumäniens befassen, ihre Aufgabe sei lediglich die Beschaffung der Mittel, um die Auszahlung der Gehälter für die Monate Mai bis Juli sicherzustellen. Außenpolitisch würde der bisherige Kurs weitergeführt werden. Die Auflösung der Kammer und die Ausschreibung von Neuwahlen seien in den nächsten Tagen zu erwarten.

Die rumänische Nationalbank wendet sich gegen Gerüchte, nach denen die neue Regierung von ihr Kredite verlangt habe. Die Regierung habe keine Anleihen verlangt, da dies zu einer Erschütterung der Währung führen würde.

Bei den Parlamentswahlen in Neufundland, deren Notwendigkeit sich durch die Erwerbslosen-Unruhen im Frühjahr dieses Jahres ergab, hat die schon damals von der erbitterten Bevölkerung bekämpfte Regierung eine deutliche Niederlage erlitten. Wie sich das Stimmenverhältnis im einzelnen verschoben hat, ist noch nicht bekanntgeworden.

Der Marsch auf Washington.

Die um ihre Unterstützung kämpfenden amerikanischen Kriegsteilnehmer sind noch immer in Washington. Täglich treffen neue Trupps ein. In sechs Lagern sind bereits über 1700 Kriegsteilnehmer untergebracht; die Unterkunftsverhältnisse sind äußerst ungünstig; das Lager, vom andauernden Regen verschlammt, die Zelte aufgeweicht, die Ernährung unzulänglich. Aber die Demonstranten haben beschlossen, durchzuhalten, und man rechnet damit, daß sie ihr Ziel erreichen.

Die Konferenz der Diplomaten.

MACDONALD und HERRIOT haben am Sonnabend und Sonntag ihre geplante Vorbesprechung für Lausanne abgehalten. Ueber die sehr ausgedehnten Besprechungen wurde der Öffentlichkeit nur ein völlig nichtssagendes Kommuniqué übergeben.

Bei den Neuwahlen in Neusüdwales hat die Arbeiterpartei, die bei der letzten Wahl 55 Sitze im Parlament erlangt hatte, 35 Sitze verloren. Die nationale Vereinigte Australische Partei erhielt 39 und die Landespartei 25 Sitze. Die kommende Nationalregierung wird damit 64 Abgeordnete hinter sich haben gegenüber 20 Arbeiterparteilern. Aus sechs Bezirken steht das Ergebnis noch aus.

Um Herriots Sympathien.

Die Stellung der Parteien zur französischen Regierung.

„Die Regierung HERRIOT wird von den Republikanern der alten Regierungsmehrheit . . . ohne Feindseligkeit empfangen werden, mit dem selbstlosen Wunsch einer fruchtbaren Zusammenarbeit im Sinne der nationalen Kontinuität.“

Mit diesen Worten hat der „Temps“, das Organ der Regierung TARDIEU, das neue Ministerium empfangen. Das Blatt fand auch gleich freundliche Worte zur Regierungserklärung: Zwar findet es an dem innenpolitischen Teil einiges auszusetzen, da es in ihm „einen gewissen Mystizismus von Großmut und Gleichheit“ sieht, „aber was die außenpolitischen Probleme anbetrifft, so scheint uns die These der Regierung über aller Kritik“. Dieser Empfang ist auffallend herzlich, auffallend vor allem, wenn man bedenkt, daß die Radikalen bisher die politischen Gegner der Kreise des „Temps“ waren. Es handelt sich sicher nicht nur darum, daß der „Temps“ auch künftig offizielles Regierungsorgan bleiben will. Vielmehr trifft zu, was BLUM am Dienstag in seiner Kammerrede den Parteien der ehemaligen Regierungsmehrheit gesagt hat:

„Sie wollen die Regierung durch Ihre Unterstützung kompromittieren, sie zu sich hinüberziehen. Sie wollen . . . den Sieg, der am 1. und 8. Mai gegen Sie ausgetragen worden ist, abwürgen, annullieren.“

Im Augenblick ist die Regierung HERRIOT wohl noch nicht fest entschlossen, ob sie sich auf die Parteien der Rechten oder auf die der Linken stützen will. Allerdings spricht viel dafür, daß es die Rechten sein werden, die wieder die Regierungsmehrheit bilden werden, wenn die Sozialisten sich nicht zu weitgehenden Zugeständnissen bereit erklären. Darum kämpfen jetzt beide Richtungen in der Kammer um die Zuneigung der Regierung.

HERRIOTS Vorgänger im Amt, TARDIEU, hat sich nicht in diese Front der Bewerber eingereiht. Nachdem nur ein Teil der Deputierten seiner Gruppe mit ihm gegen die Regierung gestimmt hat (25 von 61!), hat er nun mit jenen 25 Abgeordneten eine neue Gruppe gebildet.

Was die Außenpolitik HERRIOTS anbetrifft, und wahrscheinlich auch die Frage der Abrüstung, so wird es für die Regierung schwer sein, die Unterstützung der Sozialisten zu gewinnen. Andererseits kann HERRIOT einige Ziele seiner Innenpolitik nur mit Hilfe der Sozialisten durchsetzen, so zum Beispiel den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung (nicht Versicherung!). Auch die Einheitschule kann nur mit Unterstützung von links durchgeführt werden, besonders, wenn sie wirklich so scharf von der Kirche losgelöst werden soll, wie die Katholiken es fürchten.

In der radikalen Partei selber scheinen einige Gruppen sehr für eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten zu sein. Diese Gruppen sind offenbar der Ansicht, daß HERRIOT den Sozialisten in der Frage der Regierungsbeteiligung mehr hätte entgegenkommen sollen. Sie haben auch während BLUMS Rede stark applaudiert. Ja, es wird sogar behauptet, daß HERRIOT nicht soviel Beifall hatte, wie BLUM, weil dieser eine Angriffsrede gehalten hat, die sich scharf gegen die Rechtsparteien wandte, während HERRIOT sich eher nach beiden Seiten verteidigt hat. So wie in seiner Regierungserklärung, wird er wohl auch weiterhin sich bald auf die eine, bald auf die andere Seite stützen. Es ist nur zu hoffen, daß die Sozialisten sich durch eine solche Politik nicht in eine ähnliche Lage drängen lassen, wie die, in der sich die SPD durch ihre Tolerierungspolitik befunden hat.

Aus dem Herrenhaus.

Oldenburg-Januschau als Freiheitskämpfer.

Außer über die Reden des Reichskanzlers und des Reichsernährungsministers, über die wir bereits ausführlich berichtet haben, ist nicht viel Bemerkenswertes von der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates im ehemaligen deutschen Herrenhaus zu berichten. Die Forderungen der Großagrarien kennen wir ja zur Genüge. Es sei daher nur folgendes nachgetragen:

1. Dem Koloradokäfer, bekanntlich einem der nützlichsten Tiere, das die deutsche Landwirtschaft kennt (mit Berufung auf ihn, einem Kartoffelschädling, kann man besonders schön alle möglichen Grenzsperrn begründen!), ist eine Rede und eine Resolution gewidmet worden.

2. Als letzter Diskussionsredner sprach einer der ältesten Junker: der Kammerherr von OLDENBURG-JANUSCHAU, der durch das bekannte Wort mehr berüchtigt als berühmt geworden ist, daß zur Bändigung des Parlaments „ein Leutnant und zehn Mann“ nötig wären.

OLDENBURG-JANUSCHAU verlangte, die Bonzokratie dürfe es nicht weiter unter Berufung auf Arbeitstarife verhindern, daß Arbeitsmöglichkeiten ausgenutzt werden. Die Landwirtschaft sei in der Lage, die landlichen Löhne zu zahlen. — Witzig, wie dieser alte Junker ist, fordert er eine Notverordnung, die kurz und bündig besagt:

„Jeder Deutsche hat das Recht, seine Arbeitskraft zu verwerten wie und wo er will.“

Gerechtigkeit und preußische Hauszinssteuer.

Wi. Preußen hat, wie wir in Nr. 134 mitteilten, den Ertrag der Hauszinssteuer unabhängig von Folgen einer Krisenverschärfung für den Staat dadurch sicherzustellen versucht, daß es den Hauszinssteuernachlaß mit einer festen Summe ansetzte (160 Millionen Mark jährlich). Der Staat erwartet daher den vollen Eingang der im übrigen veranschlagten 510 Millionen Mark.

Ueber jene 160 Millionen Mark sollen die Fürsorgeverbände verfügen. Die Mieter in Altwohnungen werden zweifellos durch die neue Regelung insgesamt ungünstiger gestellt;

bisher wurde die Steuer niedergeschlagen für Mieter mit einem Jahreseinkommen von weniger als 1200 M, in der Praxis also für alle arbeitslosen Mieter. Bisher kam kein Nachlaß irgendwelcher Art in Frage für die Bewohner von Neubauwohnungen, da diese ja hauszinssteuerfrei sind; ferner konnte der Nachlaß nur gering sein für Mieter in Altbauwohnungen mit geringer oder keiner Hauszinssteuerbelastung (es handelt sich dabei um Wohnungen in Häusern mit nicht durch Inflation entwerteten Hypotheken, zum Beispiel Schweizer Goldhypotheken). Künftig können alle Mieter, in was für Wohnungen sie auch wohnen mögen, sich an die Bezirksfürsorgeverbände wenden, „wenn sie ohne Gefährdung ihres notwendigen Lebensbedarfs die Miete nicht aufbringen können“.

Die Regierung erhofft von diesem neuen Verfahren eine gerechtere Behandlung der verschiedenen Mietergruppen. Diese Hoffnung stimmt auch. Es bleibt aber doch dabei, daß weite Kreise wenig bemittelter Mieter neuerdings belastet werden, da sie sich ja in die angesetzte Summe mit den Bewohnern von Neubauwohnungen teilen müssen. Und uns scheint nach wie vor zweifelhaft, ob sich nicht eine gerechtere Lösung hätte finden lassen.

Ein Schritt zur Einheit.

Bg. In einer Mitgliederversammlung der Jenaer Ortsgruppe des Deutschen Freidenkerverbandes wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich gegen das Verbot der kommunistischen Freidenkerorganisationen richtet.

Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß auch eine aus der Versammlung eingebrachte Zusatzresolution einstimmig angenommen wurde, die sich mit dem Appell zur Bildung einer geschlossenen Abwehrfront an die KPD, SPD und an den ADGB richtet und in der vor allem auch der Hauptvorstand des Freidenkerverbandes aufgefordert wird, sich zwecks Bildung dieser geschlossenen Abwehrfront an die genannten Arbeiterorganisationen zu wenden.

Dieser Fortschritt wurde möglich, weil es diesmal gelang, den Versuch zur Abbiegung der Diskussion auf eine erneute ausführliche Darstellung der Fehler der KPD rechtzeitig zu unterdrücken durch den Hinweis; daß es jetzt nicht so sehr darauf ankomme, die Fehler der anderen zu kritisieren, sondern zu prüfen, was wir selber tun können.



THEODOR PLIVIER

Copyright by Malik-Verlag 1932

Der Kaiser ging — die Generäle blieben

(2. Fortsetzung.)

Der geschlagene General antwortet:

„Der Krieg ist kein Rechenexempel . . . was wirklich eintrifft, weiß kein Mensch . . . vielleicht bekommt Deutschland auch wieder einmal Soldatenglück . . . zwar sind Löcher von vier Kilometer Breite in der Front entstanden, aber der Feind hat nicht durchgestoßen . . . wir sind zurückgedrängt worden, aber es ist gut abgelaufen . . . man darf die Amerikaner nicht überschätzen . . . die 41. Division, das war Stimmungssache. Die Division hat Grippe gehabt. Es fehlten ihr Kartoffeln . . . Ich hoffe, daß der Tankschrecken überwunden wird. Ist die Stimmung in der Truppe wieder hergestellt, so machen sich Teile von ihnen, so die Jägerbataillone und Gardeschützen, geradezu einen Sport daraus, die Tanks abzuschießen . . . Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinüberkommt und es in den Winter hineingeht, so sind wir fein heraus . . . Alles kommt darauf an, was uns die Heimat noch gibt. Es ist eine Menschenfrage!“

Die Westfront bricht zusammen.

Die Verbündeten fallen ab.

Die Menschenreserven sind verbraucht.

Der General bettelt um letzte 600 000 Mann.

Da sitzt er — Uniform, Ordenssterne, den „Pour le mérite“ an der Brust. Sein schweres, fleischiges Gesicht ist unbewegt. Wenn er die Mitglieder des Kriegsrats an-

sieht, kommt sein Blick schief unter den halbgeschlossenen Lidern hervor. Der Kriegsminister, der Staatssekretär der Marine, der Admiral v. Schoer, der aus dem Osten gerufene General Hoffmann sind Soldaten. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden steht im Generalsrang, aber er trägt seine Uniform nicht. Und die andern alle — der Vizekanzler, die Staatssekretäre und Minister — sind Zivilisten. Einer ist Rechtsanwalt, der andere Richter, ein dritter Zeitungsschreiber, der sozialdemokratische Staatssekretär war einmal Buchdrucker.

Was will der jetzt schon wieder, dieser Zentrumsmann?

Der Zentrumsführer Gröber, ein Achtzigjähriger mit langem, weißem Bart, richtet seine großen Brillengläser auf den Ersten Generalquartiermeister. Er spricht über die schlechte Stimmung bei den Truppen.

„Vor allem die Verpflegung . . . besonders die Offizierskantinen, da kann sich der Offizier mit Nahrungs- und Genußmitteln versehen. Wenn der Soldat kommt, heißt es, das ist nicht für dich . . . läßt sich dieser Gegensatz nicht beseitigen?“

Ludendorff sieht die Minister an, — diese Herren sehen auch nicht so aus, als ob sie ihre Mittagsrationen an der Gulaschkanone holten!

Aber er beantwortet geduldig die Anfrage:

„Im Schützengraben essen ja Offizier und Mann aus derselben Feldküche. Daß der Stab sich die Sachen besser zubereiten läßt, ist doch zu verstehen. Man wird uns nicht zumuten, aus der Feldküche zu essen. Aber was recht und billig ist, drücken wir durch. Doch das Schlimmste ist, es gehen Gerüchte um, die einem Ehre und Reputation abschneiden können . . .“

Der Reichskanzler mahnt die Herren zur Sache:

„Ich bitte, nicht in Details zu gehen. Dazu fehlt uns die Zeit!“

Ueber die Westfront wird debattiert, über die besetzten Gebiete im Osten, über die Möglichkeit, durch Zurückziehen der Ostruppen dem Westen neue Kräfte zuzuführen.

„Welchen Wert hat die Ukraine für unsere Ernährung?“

„Wir haben dort anderthalb Millionen Tonnen aufgekauft Getreide, das schon zu faulen beginnt.“

„Beträchtliche Mengen an Getreide, an Futtermitteln und Vieh können wir nicht mehr herausholen. Ich würde vorschlagen, auf die Besetzung der Ukraine zu verzichten und unsere Bestände dann durch Schmuggel zu vermehren.“

Ein anderer führt politische Bedenken dagegen an:

„Wir müssen die Ukraine als Kristallisationspunkt gegen die russische Gärung und gegen den Bolschewismus in der Hand behalten.“

Der Staatssekretär des Aeußeren, Dr. Solf, hat sich vom Vertreter des Auswärtigen Amtes in der Ukraine Vortrag über die dortigen Verhältnisse halten lassen und berichtet nun: „ . . . der wirtschaftliche Wert des Landes ist in jedem Falle sehr beträchtlich. Ich habe dann Herrn v. Mumm gefragt, was in der Ukraine geschehen würde, wenn wir die deutschen Truppen wegnähmen. Er war sicher, daß dann die Bolschewisten in der wildesten, fürchterlichsten Weise hausen würden. Alle Reichen würden geköpft werden.“

„Auch das müssen wir in Kauf nehmen, selbst wenn es gegen Treu und Glauben geht“, entgegnet Ludendorff. „Ist die Räumung nötig oder nicht nötig für Deutschland? Wenn ja, muß sie gemacht werden trotz aller schauderhaften Folgen.“

Aber General Hoffmann braucht für Herausziehung der Divisionen aus dem Osten drei Monate. Und es wird festgestellt, daß die vom bolschewistischen Geist infizierten Truppen für den Kampf im Westen nicht mehr tauglich sind.

„Uebrig bleibt Auffrischung der Westfront aus der Heimat.“

Der Reichskanzler unterbricht die Debatte über die Ukraine:

„Ich gehe auf die zweite Frage über: Ist die Heimat bereit, der Obersten Heeresleitung das nötige Menschenmaterial zur Verfügung zu stellen?“

Zu dieser Frage sprechen der Kriegsminister und der mit Ludendorff aus Spa gekommene Chef der Operationsabteilung, Oberst Hoyer, Kanzler, Vizekanzler und Staatssekretäre stellen Zwischenfragen.

(Fortsetzung folgt.)

Die unbekanntenen Brüder. / Ein Gebiet ohne Ethik.

Zu dem Buch von JULIE SCHLOSSER: „Die unbekanntenen Brüder“, erschienen im Furch Verlag, Preis: geheftet 4,80 M.

„Die Kreatur ist uns auf Leben und Tod unterworfen. Dies Schicksal empfängt sein besonderes Pathos durch das Schweigen, das darüber liegt. Die Kreatur kann keinen Anspruch anmelden, und sie ist oft schwer zu verstehen. Noch viel unzulänglicher als die Psychologie des Menschen ist die, die wir vom Tier haben. Eine stumme, unverständliche Schar steht so unter der menschlichen Despotie; ihr Schicksal gilt als belanglos. Es heißt weithin eine Verirrung, anders zu empfinden. Die Ethik des Abendlandes läßt dem Menschen das Recht, alles, selbst das Ungeborne aus dem Leib der Tiermutter, zu nehmen — ohne Verpflichtung zu Gegengabe oder Dank, auch ohne zu fragen, ob der Zweck dem Preis angemessen sei. Das Leben nicht nur der Pflanze, sondern auch des Tieres ist von vornherein feil, nicht etwa nur gegenüber den Lebensnotwendigkeiten des Menschen, sondern ebenso gegenüber jeder Mode, jeder Laune, dem Sport, dem Vergnügen. Wir pflegen die Natur zu betrachten mit der Frage: Was nützt uns? was schadet uns? was muß demnach erhalten, und was muß zerstört werden?“

Mit diesem Protest wendet sich JULIE SCHLOSSER gegen die „Lücke in der abendländischen Ethik“, die Mißachtung, die dem Tier gemäß der herrschenden öffentlichen Meinung der Völker Europas und Amerikas entgegengebracht wird. Tiere haben Rechte; denn „wie immer sich das Seelenleben der Tiere von dem unseren unterscheiden mag, das eine wissen wir: daß sie Schmerz scheuen und Lust suchen wie wir. In einem Besitz sind wir einander ganz gleich: im Besitz des gewaltigen Lebensverlangens.“

Der erste Hauptteil des Buches gibt Schilderungen vom Leben der Tiere und vor allem von dem Leiden, dem der Mensch sie aussetzt. Mit eigenen und fremden Berichten als Unterstützung kämpft die Verfasserin, deren tiefes und ehrliches Verständnis für das Leben der Tiere man in jeder Zeile spürt, gegen die Achtlosigkeit und den Eigennutz an, mit dem der Durchschnittseuropäer im Tier nur das Ausbeutungsobjekt sieht. Einige ihrer Bilder:

Die Pferde: „... Nun es verbraucht ist, ist kein Raum da, daß es irgendwo ruhen könnte. Es ist nur das Schlachthaus da. . . . Beim Transport in ein ausländisches Schlachthaus wird dem Pferd keinerlei Freundlichkeit mehr zuteil. Es braucht nun kein Futter, noch Wasser noch Ruheplatz mehr. Die kleinen Poloponies stehen dicht daneben vielleicht knietief im Heu — die alten Arbeitspferde haben nicht einmal eine Streu. Und dann kommt Antwerpen oder Paris-Vaugirard. In diesem Schlachthaus werden jährlich 80 000 Pferde geschlachtet. Es scheint wohl, als gäbe es heute kaum noch Pferde, und so sei es müßig, bei ihrem Schicksal zu verweilen. Aber allein Groß-Berlin hat noch 58 000 Pferde, und in ganz Deutschland sind es etwa 5 Millionen.“

Der Schlachthof: „Nie betreten Tiere den Schlachthof ohne angstvollen Widerstand. Es ist vielleicht nur die Furcht vor jedem unbekanntem ummauerten Raum, wahrscheinlich aber auch die Scheu der feinnasigen Tiere vor dem fremden starken Blutgeruch.“

Aus der Schilderung FELIX SALTENS:
„Jetzt war ich zu Omaha in solch einem Schlachthaus. Zuerst allerdings befand ich mich noch im Freien, spazierte auf den hölzernen Hochwegen, hatte das Meer von Rindern, Schweinen, Hammeln und Lämmern unter mir. . . . Die Luft hier oben ist trotz der brennenden Sonne ganz trüb. Ganz erfüllt vom aufgewirbelten Staub, scharf gebozt vom Geruch der Schafe, der Schweine und der Rinder. Viel ätzender scheint die Ausdünstung der Tiere als sonst, wenn man sie gleichfalls im Freien trifft, ruhig weidende Herden. Jetzt allerdings weiden sie nicht, sind nicht ruhig, sondern haben in ihren Nerven und im Schlagen ihrer Herzen die Pein der Verurteilten. Und was so furchtbar riecht, ist der Todesweiß, der die Geängstigten bedeckt. . . .“

Bäumt sich ein Stier, desparat geworden, will gegen die Wand, durch die Wand rennen, erscheint das als ein Besinnen auf die eigene, ungeheure Körperkraft. Ein viel zu spätes Besinnen. Da saust ihm mit Wucht der Hammer auf den Kopf. Ein athletischer Neger, halb nackt und glänzend schwarz, schwingt den Hammer, läßt ihm keine Zeit. Nicht zum Widerstand, noch zur Angst. Der Neger schwingt den Hammer, trifft jedesmal dieselbe Stelle: mitten auf die Stirn. Und das Rind stürzt nieder, in schwerer Betäubung. Wahrscheinlich Schädelbruch.

Acht Stunden lang schmettert der Hammer auf Rinderstirnen nieder. Ob es immer, die ganzen acht Stunden, derselbe Neger bleibt, oder ob er abgelöst wird, weiß ich nicht. Allein hundertfünfzig bis zweihundert Rinder fallen in einer Stunde. . . . Ja, hier ist die Hölle. Für Menschen und Tiere die Hölle. Die Tiere verbluten und sterben da. In diesem Hause allein etwa fünf- bis sechstausend Geschöpfe während acht Stunden. Die Menschen jedoch werden stumpf und gefühllos, und manche unter ihnen bestialisieren gewiß. . . .“

Weil es galt, den Hunger, die Eblust, die Genüchigkeit einer Welt zu stillen, schnürt hier alles voll jener Eile ab, deren System so haargenau berechnet ist, daß sie beinahe der Gemächlichkeit gleicht. Kaum wälzen sich die betäubten Rinder am Boden, greift der eiserne Haken nach ihrem Hinterfuß, zerrt sie, wie irgendein leichtes Ding in die Höhe. Nun hängen sie, den Kopf nach unten, tanzen am laufenden Band weiter zu dem Neger, der ihnen den Hals durchschneidet, tanzen weiter zum andern, der Bauch und Brust schlitzt. Weiter geht's zu dem Mann, der sie ausweidet. Dann zu dem Boy, der ihnen die Decke abzieht. Weiter zu dem nächsten, der das Haupt nimmt. Dann zu dem, der den Leib in zwei Hälften spaltet. Von dort in den Eisraum. Schweine werden, sobald sie baumeln, in den Hals gestochen. Sie quieken kaum, verblüfft, wie sie durch das plötzliche Emporreißen sind. Der Neger sticht mit seinem langen, spitzen Stahl vierhundert Schweine in der Stunde, und er trifft jedesmal dieselbe Stelle, mitten durch die Kehle, öffnet dadurch die Schlagader, von der mit seinen

Stimmbändern der Kehlkopf überflutet und tonlos gemacht wird. Dann folgt der Totentanz am laufenden Band.“

Pelzgewinnung: „Das beliebte Breitschwanzfell (das krause Pelzchen ganz kleiner Persianerlämmer) gewann man bis vor kurzem so, daß man die Schafmütter durch Mißhandlungen zu Frühgeburten brachte, um so das Ungeborne zu gewinnen; das war ökonomischer, als wenn man die Mütter geschlachtet hätte. Heute macht man es so, daß man den neugeborenen Kleinen sofort ein Kleidchen überzieht, damit die Mutter sie nicht lecken kann; nach drei bis vier Tagen werden sie dann getötet.“

Es folgen Berichte über Vivisektion, über Jagden, dann Schilderungen von Tierfähigkeiten, ihren Neigungen und Lebensgewohnheiten.

All das nicht, um einem sentimental Mitleid das Wort zu reden, oder einer Tierliebe, die genau genommen, nur eine Liebhaberei ist, mit der der Mensch sich selber unterhält. Das Buch will Verständnis für die Tiere wecken, um damit die Einsicht zu klären, daß es im Verhältnis von Mensch zu Tier ethische Gebote gibt. Die Ethik „setzt an der Gefühls-willkür eine objektive Forderung und den Anspruch des Gewissens und verlangt Eintreten für die Schwachen.“

Das ist die Stärke dieses Buchs: nicht auf die Freundschaft des Menschen zu warten, sondern seinen Blick auf das Tier zu fordern. Seine Schwäche liegt in der Inhaltsbestimmung dieser Forderung. JULIE SCHLOSSER übernimmt ALBERT SCHWEITZERS und seiner „Ethik der Tiere“ die Forderung „vor dem Leben“. Jedes Leben ist nach dieser Lehre ein Recht, das des Tieres, das der Pflanze und das des Menschen. Verletzung oder Hemmung eines Lebens ist Schuld.

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Ethik dem Leben nicht gerecht wird; sie fordert Unmögliches und ist darum selber unmöglich. SCHLOSSER gibt zu: es kann Konflikte geben, „in denen das weniger hohe Leben um des höheren willen geopfert werden darf; für die Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben bedeutet das trotzdem eine Schuld“. Eine Schuld, die geschehen darf! Eine Schuld ist ihrem Begriff nach das, was auf keinen Fall geschehen darf und was eben darum auch in jedem Fall vermeidbar ist. Wer sich darauf einläßt, die Schuld zuzulassen, hat die Unerbittlichkeit der sittlichen Forderung preisgegeben. Das tut SCHWEITZER und das tut SCHLOSSER.

Die Folgen zeigen sich bei beiden in einer Unsicherheit hinsichtlich der konkreten Aufgaben, die sich aus der ethischen Einsicht in die Pflichten den Tieren gegenüber ergeben. JULIE SCHLOSSER gesteht zu, daß die Bereitschaft, dem Tiere Rechte zu gewähren, zum konsequenten Vegetarismus führt. Aber sie

zuckt vor dieser Konsequenz zurück: Das „kann man nicht fordern“. Sie fordert für die Erziehung: „Ein Kind soll nicht das Recht haben, lebende Wesen zu töten, um sie zu besitzen.“ Und sie macht der Modetierheit der Mutter die Konzession, daß sie auf ein Pelzwerk nur dann verzichten sollte, wenn es „auf grausame Weise gewonnen“ worden ist.

Wirksame Anerkennung werden die Rechte der Tiere erst dann gefunden haben, wenn die öffentliche Meinung in der Gesellschaft es aufgefaßt hat, daß die Forderung der Gerechtigkeit den Maßstab liefert, der die Pflichten der Menschen unter einander, aber auch die Pflichten der Menschen gegen die Tiere bestimmt.

Das ist das Ergebnis der Pflichtenlehre LEONARD NELSONS, des ersten konsequenten Verfechters des Rechts der Tiere.
Grete Hermann.

Zwei Plastiken von Käthe Kollwitz.

Hk. Lange, sehr lange hat KÄTHE KOLLWITZ daran gearbeitet, den Schmerz, das Leid, die Trauer über das Geschehen des Krieges in ihrer Kunst auszudrücken. Vor nahezu zehn Jahren kam dann ihre Holzschnittfolge über den Krieg heraus. Der monumentale Stil, den sie aufwies, drängte bereits nach dem Stein als Ausdrucksmittel hin.

Jetzt sind die beiden Steine da, „Die Mutter“ und „Der Vater“, beide bestimmt für einen Soldatenfriedhof in Flandern, zwei Kunstwerke von wunderbarer und großer Einfachheit. Sie zeigen einfach, wie zwei Arbeitsmenschen aussehen, die ein tiefes Leid erfahren haben. Bei der Mutter liegt es wohl schon Jahre zurück, wie auf dem Grunde eines tiefen, jetzt wieder ruhigen Sees. Aber man spürt dieser Ruhe an, daß sie mit der Erfahrung tiefen menschlichen Leids bezahlt ist. Der Vater ist starrer, fassungloser, sein Oberkörper kerzengerade, die Arme und Hände um den Brustkorb gepreßt. (Welch sprechende Arbeitshände übrigens, mit langen, knöchigen Fingern und dicken Fingergelenken!)

Mit keiner Andeutung ist in diesem Werk die Frage „Was tun?“ dem Kriege gegenüber angerührt. Aber man kann diese einfache Darstellung des Leids nicht sehen, ohne sich zu fragen: Wozu das alles?

Bevor die beiden Steine nach Flandern gehen, sind sie in der Berliner Nationalgalerie zu sehen,

bis zum 19. Juni einschließlich, von 10 bis 15 Uhr; am Donnerstag und Freitag von 10 bis 18 Uhr.

Eintritt am Dienstag und Mittwoch 50 Pfennige, an den übrigen Tagen frei.

Nationalsozialismus und Erziehung.

Bg. ERNST KRIECK, der vor einiger Zeit noch Professor an der Pädagogischen Akademie in Frankfurt am Main war, vor noch längerer Zeit sogar vielfach als ein fortschrittlicher Pädagoge galt, stand schon vor wenigen Jahren in dem Verdacht nationalsozialistischer Gesinnung, als er nämlich in einer Rede auf das „Dritte Reich“ hinwies. Damals behauptete man noch, das Dritte Reich sei bei KRIECK nicht so gemeint gewesen, wie im nationalsozialistischen Programm, jetzt aber ist KRIECK, wie sein neuestes Buch: „Nationalpolitische Erziehung“ (Leipzig 1932) beweist, offen zum Nationalsozialismus übergegangen.

Wenn ein Mann wie KRIECK, der lange Zeit auch bei fortschrittlichen Menschen einiges Ansehen genoß, sich zum Nationalsozialismus bekennt, also zu einer kulturfeindlichen Bewegung, die vom Denken nur soviel hält, als für die politische Propaganda erforderlich ist, und wenn dieser Mann die „Ungeistigkeit“ der Nationalsozialisten sogar mehr oder weniger offen zugibt, und auch zugibt, daß „die Bewegung der deutschen Revolution eigene schöpferische und bahnbrechende Leistungen in der Kultur noch nicht aufzuweisen“ hat, so sollte man erwarten, daß dieser Mensch wenigstens in der Absicht zu den Nationalsozialisten gegangen ist, ihnen etwas wissenschaftliches Denken beizubringen. Weit gefehlt! ERNST KRIECK hat es vorgezogen, den gleichen „Rasseninstinkten und Werten“ zu folgen wie HITLER, GOEBBELS und STRASSER. Er diktiert uns einfach, daß „das Zeitalter der reinen Vernunft“ und der Glaube an eine Wissenschaft mit allgemein gültigen Ergebnissen „beendet ist“. Allerdings müssen wir zugeben, daß KRIECK alles getan hat, um zur Beendigung dieses Zeitalters beizutragen. „Jedem ist seine Wahrheit zugemessen. . . . So wie er die Welt anschaut, so schaut sie ihn an. Andere Wahrheit wird keinem zuteil.“ So verstehen wir, warum KRIECK den Wert wissenschaftlicher Aussagen nicht in ihrem Wahrheitsgehalt sieht, sondern in ihrer „Gestaltungskraft“, in ihrer „geschichtsbildenden Kraft“. D. h. also, der Wert der Wissenschaft bemißt sich nur danach, ob man mit ihrer Hilfe das Bestehende möglichst weitgehend, einerlei in welchem Sinne, verändern kann. Diese Deutung der KRIECKschen Behauptung wird uns restlos bestätigt durch den Satz: „Zum Beispiel ‚diskutiert‘ und argumentiert der Nationalsozialist nicht mit dem Marxisten über Marxismus, sondern ‚widerlegt‘ diesen damit, daß er ihm den Anhang wegnimmt durch neue Methoden der Erregung und Bewegung.“ Erregung und Bewegung! Das ist der Kern, und wer zu diesem Kern vordringt, der behält eben recht. Das ist Geist vom nationalsozialistischen Ungeist. Ein Geist, der sich erhaben dünkt über das „virtuose Verstandestum . . . in der liberalistischen Diskussion“, ein Geist, der sich auch erhaben dünkt über Programme und Ziele. „Darum ist der Nationalsozialismus auch nicht Partei und Programm, sondern flüssige und flüssigmachende Bewegung“, die sich einstellt, „als reine Bewegung in Fluß halten muß“. Also reine Bewegung „ist die Aufgabe und der Weg des Nationalsozialismus. Als Massenbewegung setzt er voraus die

Kunst der Massenerregung: Masse muß flüssig werden; wenn sie gestaltbar sein soll. Die von HITLER meisterhaft geübte Kunst der Massenerhebung hat . . . wesentlich neue Elemente und Wege der Massenerregung und Massenföhrung gefunden.“

Jetzt werden wir uns nicht mehr wundern, daß KRIECK auch den sonstigen Unsinn der Nationalsozialisten mitmacht. Kein Wunder, wenn er behauptet, der Mann finde keine Beschäftigung, „weil ihm die erwerbstätige Frau den Lebensraum versperrt“. Der Kampf für Frauenrechte wird abgetan als das „Bestreben von Mannweibern, in die Sphäre der Männer erobert einzudringen“. Die Frau hat „im öffentlichen Leben nichts verloren“. Sehr verständlich, daß dieser „Pädagoge“ in der Reichswehr einen „Ausgangspunkt künftiger deutscher Staatsbildung“ sieht. Die Reichswehr ist „zu einer Zuchtform des deutschen Menschen nach den rassistisch-völkischen Werten der Ehre, der wehrhaften Haltung . . . geworden, ein Zucht- und Erziehungssystem, daß die gute preußische Staats- und Heerestradiation . . . fortsetzt. Darin liegt der Grund der großen Anziehungskraft zwischen . . . Reichswehr und Nationalsozialismus.“

Wir müßten das ganze Buch abdrucken, wollten wir hier alle Gedankenlosigkeiten KRIECKS mitteilen. Aber diese Gedankenlosigkeiten sind wir ja von anderer Seite zur Genüge gewohnt. Immerhin wird man den Kopf schütteln, wenn ein sogenannter Pädagoge einfach den Satz hinschreibt „Charakter ist Schicksal“. Hat ein Pädagoge nachgedacht, der bedenkenlos schreibt, das Ziel der Schule solle „vom Volk und von den Bedürfnissen seiner Glieder her bestimmt“ werden? Man wundert sich über nichts mehr und am wenigsten darüber, daß KRIECK über die Frage: „Simultanschule oder Konfessionsschule“ einfach die oberflächlichen Sätze hinschreibt: „Jedenfalls ist das Prinzip der Simultanschule ein Ergebnis der Aufklärung, die jetzt dahin ist: die Anwendung dieses Prinzips auf die Schule wird künftig sinnlos. . . . Es ist klar und sinnhaft, daß in katholischen Gebieten diese (völkische Einheits-) Schule den katholischen, in evangelischen Gebieten den evangelischen Charakter ebenso trägt, wie sie auf dem Dorf den dörflichen, in städtischen Arbeitervierteln den entsprechenden Charakter annimmt, wie sie in Bayern eben bayrisch, in Pommern pommerisch wird.“ Dies ist zwar nicht klar, wird aber verständlich durch die zuvor geforderte Ziellosigkeit, die einer „reinen Bewegung“ Platz machen soll. Meint KRIECK wirklich, daß der katholische Charakter einer Schule ebenso selbstverständlich ist, wie z. B. deren dörflicher Charakter?

Wie erhaben ist doch im Vergleich zu solchen Gedankenlosigkeiten der Nationalsozialisten MARX' Forderung, der sozialistische Kampf solle sich stets an der Wissenschaft orientieren! KRIECK dagegen weiß nichts anderes zu sagen, als daß die „Träger der Kultur“ eben „sehen müssen, wie sie dereinst nachkommen“, indem sie auch „von der Bewegung ergriffen“ werden.

RGO fordert Spaltung im Namen der Einheitsfront.

Zum Streik auf der Vulkan-Werft.

Die Lohnverhandlungen für die Seeschiffswerften liefen vor dem Schlichter ergebnislos, d. h. es kam keine Vereinbarung und auch kein Schiedsspruch zustande. Der als Folge eingetretene tariflose Zustand wurde von den Leitungen der einzelnen Werften zum Lohnabbau-Vorstoß benutzt. Für die „Vulkan“-Belegschaft wurde die Senkung des Stundenlohnes von 69 auf 63 bzw. von 65 auf 60 Pfennigen verlangt. Bei dem gegenwärtigen Stundenlohn und der wöchentlich verkürzten Arbeitszeit auf 40 Stunden bleibt dem ledigen Arbeiter ein Netto-Wochenlohn von 21 M. Am 2. Juni wurde durch die Urabstimmung, an der sich 950 Arbeiter (davon 202 Unorganisierte) beteiligten, mit 81,5 Prozent der abgegebenen Stimmen die Vorschläge der Direktion abgelehnt und damit der Streik beschlossen. Diese über dreiviertel Majorität bestimmte dann auch den DMV (Vegeack), die Organisation des Streiks vorzunehmen. Da die Direktion halsstarrig blieb und durch Anschlag verkündete, daß ab 6. Juni die Lohnsenkung in Kraft trete, setzte am 6. mit voller Wucht der Kampf ein. Wohl tausend Mann stehen draußen, ausgenommen bis jetzt die Meister, Lehrlinge, die Arbeiter fremder Firmen und einige Notstandsarbeiter.

Der erste Kampftag ließ eine gute Disziplin der Streikenden erkennen. Es wurde von der Vertrauensmänner-Körperschaft eine Streikleitung gewählt und ausdrücklich beschlossen, daß den Lehrlingen (die nicht den tariflichen Löhnen unterstehen), den Arbeitern fremder Firmen und einigen Notstandsarbeitern die Arbeit freigestellt wird. Die Streikposten-Wache wurde organisiert. So schien alles in Ordnung.

Am Abend des ersten Tages versuchten die NS durch eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: Der Lohnraub auf dem Bremer „Vulkan“, den ersten Keil in die Front der Streikenden zu treiben. Dieses Manöver mißlang durch das einheitliche Auftreten der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter. Schon vor der Eröffnung der Versammlung war der Saal dicht besetzt, so daß ein Teil der NS, die später kamen, nicht mehr hinein konnten. Die Versammlungsleitung konnte nicht verhindern, daß die „Internationale“ die Versammlung einleitete. Auch in der Aussprache gingen die Kommunisten und Sozialdemokraten einheitlich vor, was sogar die sozialdemokratische „Bremer Volkszeitung“ hervorhob:

„Trotzdem die Nazis zu Beginn leise Komplimente zu den Kommunisten hinüber gemacht hatten und sie als Bundesgenossen gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie herauszulocken versuchten, waren die kommunistischen Redner klug genug, ihren Kampf einheitlich gegen den gemeinsamen Gegner zu führen. An diesem einheitlichen Willen der kämpfenden Arbeiterklasse scheiterten die aalglatten Phrasen, mit denen die Nazis sich zu verteidigen suchten.“

Die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ kommentierte diese Versammlung leider mit folgenden Worten:

„Der nationalsozialistische Redner, der versuchte, die Streikbrecherrolle der NSDAP zu vertuschen, blitzte grundlich ab, ebenso aber auch die Reformisten, deren Streikbrecherpolitik die Werftarbeiter deutlich sehen.“

Am selben Tage, als dieser kommunistische Kommentar erschien — am 7. Juni, dem zweiten Kampftag —, setzten am Vormittag die RGO-Treiber ein. In einer öffentlichen Versammlung, die nach den Angaben der Presse von 200-300 Arbeitern besucht war, wurde eine Streikleitung von 20 Mann gewählt, mit der Aufgabe, die „Verbreiterung und Verschärfung des Kampfes“ durchzuführen. Der Montag-Beschluß der Vertrauensleute — gewissen Kollegen die Arbeit frei zu stellen — wurde als reformistischer Streikbruch

erklärt. In Sperrdruck verkündete die „Arbeiter-Zeitung“ die weiteren Aufgaben der neuen Streikleitung:

„Die gesamte streikende Belegschaft unter einheitlicher Führung zu vereinen. Ein Streik! Eine Streikfront!“

Ob sich wohl die Herausgeber dieser Parole über ihren Zynismus und ihre Disziplinosigkeit klar sind? Man kann wohl der Meinung sein, daß es vielleicht besser wäre, auch die Lehrlinge und Notstandsarbeiter in den Streik mit einzubeziehen, aber auf keinen Fall wäre ein Mißgriff in dieser Richtung von so weittragender Bedeutung, daß er die Sprengung der einheitlichen Kampffront rechtfertigen könnte. Nach Lage der Dinge muß man hier öffentlich feststellen, daß die Kommunisten im Kampf auf der „Vulkan“-Werft drauf und dran sind, die bestehende „einheitliche Kampffront“ der Streikenden zu zersplittern. Ihre Meinung, daß die gewerkschaftliche Streikleitung nicht zu recht bestehe, ist falsch. Die Vertrauensleute der Belegschaft haben gerade in der Zeit der größten Schwierigkeiten ihren Mann zu stehen und die Aktionen der Belegschaft zu leiten. Es liegt für sie nicht nur kein Grund vor, beim Kampfbeginn auf die Leitung des Kampfes zu verzichten, sondern sie sind vielmehr jene, denen als erste diese Aufgabe zufällt. Das ganze Benehmen der RGO macht den Eindruck, als ob es ihr nur um sich selber und nicht um die Interessen der Streikenden zu tun ist.

Das Auftreten der RGO hat natürlich dazu geführt, daß jetzt innerhalb der Arbeiterschaft ein Kampf entstanden ist, der von der SP- und KP-Presse geführt wird. Wir können nur hoffen, daß es den Genossen und Kollegen, denen mehr an der wirklichen Einheitsfront liegt als an dem Gerede, gelingt, diesen eigenartigen Vertretern von Arbeitern das Handwerk zu legen. Lange hat die Arbeiterschaft nicht mehr Zeit. — Den Anfang machen muß die wirkliche Einheitsfront der kommunistischen Arbeiterschaft: Sie muß die unsinnige und selbstmörderische RGO-Politik ablehnen und die RGO selber liquidieren. Beraubt euch nicht des Einflusses auf die organisierte Arbeiterschaft, den ihr dann auf unbequemen und unlauteren Wegen wieder zu erlangen versuchen müßt!

Alexander Dchms.

Gute Zeiten für Streikbrecher.

Laßt sie sitzen!

Die Klempner- und Installateur-Innung ist seit Freitag offen auf der Suche nach Streikbrechern. Durch Plakate an den Anschlagssäulen fordert sie die streikenden Klempner auf, sich zur Wiederaufnahme der Arbeit zu dem von den Gewerkschaften abgelehnten Lohn von 1,03 M pro Stunde bei der Innung oder auf den Arbeitsvermittlungsbüros zu melden.

Auf diese Weise hofft man natürlich an Menschen zu kommen, denen nach langer Arbeitslosigkeit auch der gekürzte Lohn eine Besserung ihrer Lage bringt. Es ist immer wieder nötig, solche Kollegen darüber aufzuklären, welchen Solidaritätsbruch sie bei Aufnahme dieser Arbeit begehen und daß sie damit die Lage der Arbeiterschaft noch mehr verschlechtern helfen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband teilt ausdrücklich mit, daß der Streik der Bauklempner und der Gas- und Wasserrohrleger in den Innungsbetrieben mit unverminderter Schärfe weitergeführt wird, und ruft die Kollegen zur Solidarität auf. Es dürfen nur diejenigen arbeiten, die in Betrieben des Arbeitgeberverbandes der Zentralheizungsindustrie beschäftigt sind. Zur besseren Kontrolle ist es unbedingt nötig, daß alle Bauklempner, Rohrleger und Helfer, also auch die in den eben genannten Betrieben, sich sofort mit einer Arbeitsberechtigungskarte

versorgen, soweit es nicht schon geschehen ist. Die Ausstellung erfolgt gegen Vorlegung des Verbandsbuches durch die Streikleitung im Metallarbeiterverbandshaus, Eisässer Straße 86-88, I. Stock, Sitzungszimmer 1, und zwar von 9-13 und von 16-18 Uhr.

Jeder, der arbeitet, ohne eine Arbeitsberechtigungskarte zu besitzen, kommt in die Gefahr, als Streikbrecher betrachtet und dementsprechend behandelt zu werden.

Streik und Aussperrung in Polen.

Die Leitung der Staatlichen Stickstoffwerke in Chorzow ersuchte den Betriebsrat um die Zustimmung zu einer Herabsetzung der Akkordlöhne um 10 bis 16 Prozent. Der Betriebsrat hat dies abgelehnt. Daraufhin hat die Direktion der Gesamtbelegschaft von 2000 Mann zum 15. Juni gekündigt. Mit dieser Kündigung befaßt sich gegenwärtig der Demobilisierungskommissar.

Die Textilarbeitergewerkschaften in Lodz haben, nachdem die Lohnverhandlungen gescheitert sind, beschlossen, am 17. Juni in den Streik zu treten. Wie verlautet, soll der Textilarbeiterstreik auch auf ganz Polen ausgedehnt werden.

Zwei Arbeiter tot. Bei einer Explosion im Versuchslaboratorium der chemischen Fabrik HEYDEN in Dresden-Radebeul wurden zwei Arbeiter so schwer verletzt, daß sie bald nachher starben.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Sonnabend nachmittag auf der Strecke Unna-Bönen. Von einem Personenzug entgleisten merkwürdiger Weise sämtliche zwölf Wagen und stürzten eine sechs bis acht Meter hohe Böschung hinunter, während die Lokomotive auf dem Geleise blieb. Eine Frau wurde getötet, 16 andere Personen schwer und 28 weitere leicht verletzt.

Das Elbehochwasser führte zu einem Dambruch bei der Garzer Schlouse. Das Vieh konnte unter Aufsicht der Bevölkerung der benachbarten Orte von den Weiden in Sicherheit gebracht werden. Das Loch wurde gestopft.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken“.

M. F. in G. 5,— M.; W. A. in V. 5,— M.; L. H. in S. 2 M.; T. H. in K. 25,— M.; L. K. in L. 1,50 M.; N. N. 50,— M.; N. N. 6,— M.; N. N. 20 M.; A. S. in G. 5,— M.; E. S. in G. 10,— M.; M. K. in G. 10,— M.; G. F. in G. 10,— M.; H. O. in G. 5,— M.; E. H. in G. 2,— M.; W. H. in G. 5,— M.; H. in G. 5,— M.; K. S. in G. 2,— M.; L. F. in G. 4,— M.; G. L. in E. 10,— M.; L. W. in M. 20,— M.; Unbekannt 1,15 M.; F. L. in H. 8,90 M.; H. H. in C. —33 M.; W. S. in D. 13,— M.; J. K. in A. 5,— M.; R. L. in B. 38,45 M.; E. D. in B. 5,— M.; H. L. in S. 20,— M.; E. C. in S. 15,— M.; E. A. in S. 35,— M.; E. P. in S. 5,— Mark.

Wir danken allen Spendern herzlich. Weitere Spenden sind sehr erwünscht.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Dienstag, den 14. Juni, 1932
Hamburg:
18.30 Konsul BERNHARD: Handel und Verkehr in Stam.
Königsberg:
18.50 GUSTAV WAGNER: Tagesstreitfragen aus der Sozialversicherung.
München:
19.10 Dr. K. TRAMPLER: Die Lausanner Konferenz.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 6. HEFT JUNI 1932

INHALT:

WILLI EICHLER:

Das Ende der Demokratie.

LEONARD NELSON:

Massenverachtung und Achtung der Masse.

FRITZ GROB:

Die Entscheidungsstunde der Gewerkschaften.

Zum Nachdenken:

Um ein paar Backpfeifen.
Glänzende Prosaarbeit der englischen katholischen Glaubengesellschaft.
Neue Anreize zum Tiermord.
Die Angleichung der Löhne.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes.
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

MAGDEBURG

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Landheime,
Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten

Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barockstraße 8.

Telefonnr. 23 83 42

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge • Damen-Mäntel
Mäntel • Kostüme
III Tadellosere Stile III
Schönheit

Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. 1.
Stoffmuster vorrätig.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

Juni:
11.-13 Zwei Russenfilme:
Dowschenko: Erde.
Das Lied vom alten Markt.
14.-15. Murnau: Der letzte Mann
mit Emil Jannings.
Anfangszeit: 15. 17. 19 und 21 Uhr.

Freunde
und Leser des
„Funken“!

Unterstützt
Eure
Zeitung!

Werkt Abonnement!
Sammelt Anzeigen!
Beworben bei Einzelnen
unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Das Flasko der Demokratie und in dessen Gefolge die drohende Gefahr der kalten Faschisierung mahnen jeden Sozialisten, den Aberglauben an die Macht der Mehrheit zu brechen.

Diesem Gebot der Stunde nachzukommen, brachten wir seeben in dritter, unveränderter Auflage heraus:

Demokratie und Führerschaft.

VON LEONARD NELSON.

Dritte Auflage. 176 Seiten.
Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbesahlte Schwätzer dem vornehmsten und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a

Postcheckkonto: Berlin 818 42.

Wer regiert bei Papens?

Die Mitteilungen über das, was am Sonnabend und Sonntag zwischen den Instanzen des Reichs und denen der Länder vorgegangen ist, sind wenig aufschlußreich.

Dem ursprünglichen Plan entgegen, wurde am Sonnabend vormittag die Sitzung der Vereinigten Reichsratsausschüsse nach einer Rede des Reichskanzlers VON PAPAN unterbrochen, und zwar auf Antrag des bayerischen Ministerpräsidenten HELD. Ueber den Grund dieser Unterbrechung erfährt die „Frankfurter Zeitung“, daß Herr VON PAPAN Rede so verstimmend gewirkt habe, daß die Ministerpräsidenten der größeren Länder sofort eine vertrauliche politische Aussprache mit der Reichsregierung wünschten, in engerem Kreise als dem der Erweiterten Ausschüsse. Wie die „Germania“ berichtet, ist es in der vertraulichen Aussprache zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen.

Worüber? Darüber ist kein Bericht ausgegeben worden.

Nach der vertraulichen Aussprache ging die Sitzung der Vereinigten Reichsratsausschüsse weiter. Auch über ihren Inhalt ist nicht viel gesagt worden in folgender amtlichen Mitteilung:

„Die Reichsregierung gab in der heutigen Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats Auskunft über den Haushaltsplan des Reiches und über die Grundzüge der von ihr geplanten Notverordnungen zur Sicherstellung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden sowie zur Rettung der Sozialversicherung.“

Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsarbeitsminister erläuterten und begründeten die Absichten der Reichsregierung.

Im Anschluß an diese Ausführungen fand eine eingehende Aussprache statt, in der die Vertreter der Länder ihre Stellungnahme darlegten.

Rettung der Sozialversicherung? Herr VON PAPAN schwankt wie ein Rohr im Winde. Die Regierungserklärung wenige Tage vorher enthielt noch den Protest gegen den Glauben der bisherigen Regierungen, „die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können“, den Protest gegen die bisherige Uebung, „den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen“.

Was Herr VON PAPAN bisher hat verlautbaren lassen, macht keinen überlegenen Eindruck (wie auch seine Kriegstätigkeit in den USA, soweit bisher über sie berichtet worden ist, keinen derartigen Eindruck macht). Herr VON PAPANs Tätigkeit macht auch nicht den Eindruck von Regieren. Einen bestimmten Eindruck macht in diesem Kabinett der Mann, der ein Ministerium übernommen hat, das ihn nicht zu programmatischen Erklärungen nötigt: das Reichswehrministerium.

Auch über den Inhalt der Aussprache, die HINDENBURG

Einflußlosigkeit und Ahnungslosigkeit.

Die Minen, die die Regierung Brüning sprengten.

Der ehemalige Reichsfinanzminister DIETRICH hat sich über den Sturz des Kabinetts BRÜNING in einer Gesamtvorstandssitzung der Staatspartei am Sonntag folgendermaßen geäußert:

„Während das Kabinett noch über die Maßnahmen beriet, die den Zweck haben sollten, das Reich im kommenden Winter zu sichern, sei die Explosion der unterirdisch gelegten Minen erfolgt. Die Miniarbeit sei im Gange gewesen, während das Reichskabinett vor allem die Frage zu erörtern hatte, wie die Arbeitslosigkeit des nächsten Winters die um 800 000 bis 1 000 000 Köpfe stärker werde, überwunden werden könnte. Dabei sei man sich darüber klar gewesen, daß dieses Problem mit finanztechnischen Mitteln allein nicht bewältigt werden könnte, sondern daß

wirtschaftspolitische Maßnahmen,

wie Arbeitsbeschaffung, hätten ergriffen werden müssen. Hinzu kämen die großen Sorgen um das Schicksal der Sozialversicherung. Die Regierung BRÜNING habe außerdem beabsichtigt, den im Osten überschuldeten Großgrundbesitz auf das Reich zu übernehmen und zu versuchen.

500 000 bis 750 000 ha für Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Während dieser Arbeiten seien schon Einflüsse bemerkbar geworden, die dahin gingen, das Tarifrecht der Arbeitnehmer zu Fall zu bringen und die Unterstützungsmaßnahmen für die Arbeitslosen so zu vereinen, daß nur eine Wohlfahrtspflicht, aber kein Unterstützungsrecht bestehen sollte. (Diese

Einflüsse hat man allerdings an STEGERWALDS Reden bemerkt! Red.) Das Reichskabinett sei sich darüber klar gewesen, daß seine eigenen Arbeiten mit Erfolg nur fortgeführt werden könnten, wenn eine Garantie geschaffen würde, daß die Einflüsse, die schon zum Sturz GROENERS geführt hätten, sich nicht mehr bemerkbar machten.

Den Anlaß zum Sturz habe die Siedlungsfrage gegeben, die Gründe aber lägen darin, daß Schichten, die im Staate keinen entscheidenden Einfluß mehr hatten, jetzt glaubten, ihre Stunde sei gekommen, um die Herrschaft wieder an sich zu nehmen. Die neue Regierung VON PAPAN habe zweifellos die Absicht, lange zu regieren. Ob ihr diese Absicht gelinge, sei allerdings eine sehr offene Frage.

Die Ahnungslosigkeit des Herrn DIETRICH übersteigt alle erlaubten Dimensionen: Die „Arbeitslosigkeit des nächsten Winters“ wird um 800 000 bis 1 000 000 Köpfe stärker — als ob man eine solche Erscheinung nur geduldig hinnehmen könnte.

Nach jahrelanger Ministerarbeit findet Herr DIETRICH, daß die Arbeitslosigkeit mit finanztechnischen Mitteln allein nicht behoben werden kann.

„Schichten, die im Staate keinen entscheidenden Einfluß mehr hatten“, — diese einflußlosen Schichten also (Großagrarier und Generäle!) stürzten die Regierung! Wie groß muß dann deren Einfluß gewesen sein?

am Sonntag in Gegenwart des Reichskanzlers mit den drei süddeutschen Ministerpräsidenten hatte, sagt die amtliche Erklärung so gut wie nichts, nämlich nur, daß sie „das Verhältnis des Reiches zu den Ländern berührte, ferner den Finanzausgleich, die Wirtschaftspolitik und eine Reihe von innerpolitischen Fragen“.

Die neben einer Geheimdiplomatie immer unvermeidliche „gut unterrichtete Seite“ weiß zu melden, daß die Süddeutschen HINDENBURG gegenüber, nochmals ihren Standpunkt gegen die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und gegen die Aufhebung des SA- und SS-Verbots vorgebracht hätten. Das ist wahrscheinlich; weniger wahrscheinlich ist jedoch etwas anderes, was dieselbe „Seite“ zu erzählen weiß: die klugen Zentrumsleute sollen sich allen Ernstes mit der Bemerkung haben abgespielen lassen, daß „die Verbände künftig keinen militärähnlichen Charakter mehr haben und außerdem

fortlaufend durch das zuständige Ministerium überwacht werden sollen“.

Ueber sein SA-Verbot hat GROENER eine Erklärung an die Presse gegeben anläßlich der Tatsache, daß der Oberreichsanwalt die Eröffnung eines Landesverratsverfahrens abgelehnt hat. (Der Vorwurf des Landesverrats gründete sich auf SA-Befehle, die anordneten, die SA sollte sich an der Abwehr regulärer polnischer Truppen nicht beteiligen, sondern „von selbst auf Befehl der Untergruppen in die befohlenen Bereitstellungsräume rücken“. GROENER hat einen derartigen Befehl vorgelesen, als er im Mai zum letzten Mal im Reichstag sprach.) GROENER hat jetzt erklärt, daß das Verbot der SA sich nicht auf den Vorwurf des Landesverrats gegründet hätte, sondern auf die bestehende Gefährdung der Staatsautorität; so hat GROENER seiner Zeit auch das Verbot begründet. Die Anzeige wegen Landesverrats sei ohne Beteiligung der Reichsregierung von den zuständigen Polizeibehörden erhoben worden. Was diese Anzeige angeht, so fügt GROENER hinzu: an der Beurteilung der Handlungsweise ändere sich nichts, selbst wenn der hier in Frage kommende Landesverratsparagraph nicht in Anwendung gebracht werden könnte; der Paragraph 89 StrGB kann nämlich nur im Kriegsfall Anwendung finden: „Ein Deutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet...“

Die Nazis haben doch die absolute Mehrheit im neuen Mecklenburg-Schweriner Landtag; so ist das endgültige amtliche Ergebnis der Wahlen vom 5. Juni. Die NS haben 90 Mandate von 99. Den Kommunisten fehlen zum fünften Mandat neun Stimmen.

Die Staatspartei, den sicheren parlamentarischen Tod vor Augen, sucht Anschluß und spricht von der Gründung einer neuen umfassenden bürgerlichen Mittelpartei. Ihre „Plattform“: „soziale Gerechtigkeit, Volksgemeinschaft, persönliche, geistige und wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen“; Ablehnung aller sozialistischen Bestrebungen „von rechts und links“.

Die von BREITSCHIED beantragte Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages liegt in weitem Felde: FRICK, der Vorsitzende des Ausschusses, hat BREITSCHIEDS Brief an Herrn VON NEURATH, den Reichsaußenminister, weitergeleitet mit der Bitte um Äußerung. Dieser aber, dessen Anwesenheit im Ausschuß von BREITSCHIED gerade gewünscht war, wird bereits am Dienstag nach Lausanne abreisen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Neukölln: Mittwoch, 15. Juni, 20 Uhr, im Restaurant Boß, Allerstr. 40, Ecke Weisestraße. Thema: Das Ende der Demokratie — was sollen wir tun?

Braunschweig: Dienstag, 14. Juni, 20.15 Uhr, im Handelshof, Lessingplatz 5. Thema: Der Feind steht rechts. Wie schlagen wir ihn?

Essen: Donnerstag, den 16. Juni, 20 Uhr, bei Kulbrock, Beuststr. 49. Thema: Was steht bei der kommenden Reichstagswahl auf dem Spiel? Ist ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft gegen die Reaktion möglich?

Frankfurt a. M.: Mittwoch, den 15. Juni, 20.15 Uhr, im Volksbildungsheim. Redner: Genosse Lehnert, München. Thema: Schleicher — Hitler — Thälmann. Vom Faschismus zum Sozialismus?

Hann.-Münden: Sonntag, den 19. Juni, vormittags 9.30 Uhr, im Gasthaus „Jagdhaus Hermannshagen“ (Alb. HEEDE). Thema: Sozialismus und Vegetarismus. Treffpunkt zum gemeinsamen Waldspaziergang zum Jagdhaus 7.45 Uhr beim Arbeitsamt Blume.

Köln-Dellbrück: Mittwoch, den 15. Juni, 20.15 Uhr, im Dellbrücker Hof, Lokal Rinke, Berg-Gladbacher Str. 1064. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Freie Aussprache **Eintritt frei!**

Magdeburg: Mittwoch, den 15. Juni, 20 Uhr, im Knochenhauerufer 27/28. Thema: Nationalisten und Faschisten auf dem Marsch! Wie steht es um die Abwehrfront? Redner: Walter Probst, Braunschweig. Eintritt: 20 Pfennig. Erwerbslose: 10 Pfennig.

Das heiße Eisen der Siedlung.

Preußisches Domänenland für Anlieger- und Kleinsiedlung.

Berlin, 11. Juni.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, werden in einem umfangreichen Runderlaß des preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Bestimmungen über Abgabe von Land aus dem staatlichen Forst- und Domänenbesitz für Anlieger- und Kleinsiedlungen und für Kleinwohnungsbau zusammengefaßt. In dem Erlaß heißt es u. a.:

Durch den Einschrumpfungszustand der deutschen Wirtschaft sind zahlreiche Arbeitnehmer in Industrie, Handwerk und Gewerbe, die nebenberuflich einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften, arbeitslos geworden. Die Aussichten dafür, daß sie wieder in den Arbeitsgang eingeschaltet werden könnten, sind gering. Ihr kleiner Landbesitz gibt ihnen keine ausreichende Grundlage für ihren Lebensunterhalt und macht die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung nicht überflüssig. Durch Vergrößerung des landwirtschaftlichen Besitzes würde es aber möglich sein, ihnen eine selbständige Existenz zu verschaffen. Häufig fehlen jedoch, besonders in den westlichen Provinzen, größere private Besitzungen, die das notwendige Land für diese Zwecke abgeben können. Hierzu bietet dagegen häufig der Landbesitz der Domänen- und Forstverwaltung eine Möglichkeit; insbesondere auch, wenn Forsten auf Böden stocken, die zur Umwandlung in Ackerland geeignet sind.

Auch Arbeitnehmer der Industrie, des Handwerks und des Gewerbes, die bisher über keinen Landbesitz verfügen und die mit einer erheblich verkürzten Arbeitszeit und entsprechender geringer Entlohnung, wahrscheinlich für längere Dauer — u. U. für alle Zukunft — rechnen müssen, werden unter den heutigen Verhältnissen häufig darauf angewiesen sein, Land zu erwerben, um sich wenigstens auf diesem Wege einen Teil der nötigen Lebensmittel selber zu verschaffen. Diese Bevölkerungskreise mit dem notwendigen Landbesitz auszustatten, liegt ebenfalls im dringenden volkswirtschaftlichen Interesse.

Der Minister weist die Bezirksregierungen an, derartige Anträge auf Ueberlassung von domänen- und forstfiskalischen Ländereien mit tunlichstem Entgegenkommen zu behandeln und die Ueberlassungspreise so zu stellen, wie sie den heutigen landwirtschaftlichen Nutzungswerten des abzugebenden Landes entsprechen. Neben Ueberlassung zum Eigentum wird in zahlreichen Fällen Pacht in Aussicht zu nehmen sein, besonders dann, wenn anzunehmen ist, daß ein Teil der Pächter das Land später wieder abzugeben wünscht, wenn sie wieder voll in der Industrie beschäftigt werden oder wenn die Mittel für Eigentumserwerb nicht aufgebracht werden können oder aber wenn durch einen Verkauf forstfiskalischer Flächen die Grenzziehung für die Forstverwaltung ungünstig werden würde.

Im allgemeinen wird bei pachtweiser Ueberlassung von Rodeland die Verpachtung an die Gemeinden oder etwa an eine von der Gesamtheit der Siedler zu bildende Genossenschaft den Vorzug vor Einzelverpachtungen verdienen.

Neben der landwirtschaftlichen Siedlung soll auch die vorstädtische Kleinsiedlung mehr als bisher gefördert werden, um auch den städtischen Erwerbslosen, die bisher noch kein Land bewirtschaftet haben, wenigstens die Möglichkeit zu geben, sich eine zusätzliche Unterstützung zu verschaffen und auf diese Weise die öffentliche Fürsorge zu entlasten.

Arbeitsdienst zum Siedlungsaufbau.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat nunmehr zu der Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Ergänzung der Verordnung über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes vom 25. Mai 1932 über den freiwilligen Arbeitsdienst bei landwirtschaftlichen Siedlungen Ausführungsbestimmungen an die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter erlassen, in denen es heißt:

Zu den förderungsfähigen Arbeiten im Rahmen eines landwirtschaftlichen Siedlungsverfahrens rechnen die Bodenverbesserungsarbeiten auf dem Siedlungsgelände, die Vorbereitung und Errichtung der notwendigen Baulichkeiten und die Arbeiten zur Aufschließung des Geländes, insbesondere der Bau der erforderlichen Zugangsstraßen und Wege.

Als landwirtschaftliche Siedlungsverfahren ist die Begründung einer Mehrzahl neuer landwirtschaftlicher Betriebe, die im wesentlichen Familienbetriebe sind, sowie die Hebung bestehender Kleinbetriebe auf die Größe höchstens einer selbständigen Ackerbauern (Anliegersiedlung) anzusehen. Zur landwirtschaftlichen Siedlung gehört auch die Errichtung von Landarbeiter- und Handwerkerstellen, soweit sie im Zusammenhang mit der Begründung neuer landwirtschaftlicher Betriebe vorgenommen wird. Nicht als landwirtschaftliches Siedlungsverfahren ist die Errichtung von Stellen der vorstädtischen Randsiedlung anzusehen.

Der Kreis der förderungsberechtigten Personen wird für das Arbeitsgebiet der landwirtschaftlichen Siedlung auf alle Arbeitslosen unter 25 Jahren ausgedehnt. Die Arbeitnehmerlosigkeit des Arbeitslosen ist ebensowenig Voraussetzung für die Förderung wie der Besitz der Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung bei den Arbeitnehmern. Die Förderung der Arbeitsdienstwilligen unter 25 Jahren erfolgt, soweit sie nicht Empfänger von Arbeitslosen- oder Krisenunterstützungen sind, aus Mitteln des Reichs. Die Förderung darf auch solchen hilfsbedürftigen Personen gewährt werden, die nach vorzeitigem Abbruch einer Hoch- oder Mittelschulbildung oder nach deren Abschluß ihre bisherigen Berufswünsche nicht mehr verwirklichen können.

Jede Verzögerung durch die Nachprüfung der persönlichen Verhältnisse soll tunlichst vermieden werden.

Siedlung als Mittel zur Osthilfe.

Durch Zusammenfassung des Ostkommissariats und der Siedlungsabteilung des Reichsarbeitsministeriums wird im Reichsernährungsministerium eine neue Abteilung „Ländliche Siedlung und Osthilfe“ gegründet.

Sie wurde nicht etwa einem Beamten unterstellt, der bisher im Reichsarbeitsministerium Siedlungsfragen bearbeitet hat, sondern dem Ministerialrat REICHARD, der früher im Reichsfinanzministerium tätig war und zuletzt in der Oststelle der Reichskanzlei. So ist wohl bestens gesichert, daß die Osthilfe, zu deutsch: die Finanzierung bankrotter Großagrarier, im Vordergrund steht. Siedlung wird im Zusammenhang damit getrieben werden; sie wird ja auch von großagrarischer Seite vielfach als nützliches Mittel zur Hochhaltung der Bodenpreise bezeichnet.

Wir sehen: die Junkerregierung geht mit Tatkraft daran, den Behördenapparat so umzuformen, wie sie ihn brauchen kann.

Wohnungsnot — bei leerstehenden Wohnungen?

Material zu unserem Krisenprogramm.

In unserem Krisen-Programm haben wir besonders betont, daß es erforderlich ist, Wohnungen zu bauen. Ein Argument, das uns hiergegen eingewandt worden ist, besteht in dem Hinweis auf die heute leer stehenden Wohnungen. In alten Häusern stehen viele große Wohnungen leer, in Neubauten sogar kleine Wohnungen. Warum soll man da neue Wohnungen bauen?

Dieser Einwand ist äußerst oberflächlich. Sehen wir uns die Zahlen näher an!

Die Wohnungsnot.

1. Die Zahl der „überfüllten“ Wohnungen ist nach wie vor außerordentlich groß. Als „überfüllt“ bezeichnet die amtliche Statistik diejenigen Wohnungen, in denen mehr als zwei Personen auf jeden Raum entfallen. Nach Angaben von Ministerialdirektor MEYER (vom Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt) gab es am 31. Dezember 1930 in Preußen 327 150 „überfüllte“ Wohnungen. Die Zahl der Wohnungen, die auch als überfüllt zu zählen sind, da bei ihnen zwei Personen oder annähernd zwei Personen auf den Raum entfallen, betrug nach MEYER damals 686 000.

Für das ganze Reich berichtet die amtliche Zählung von 1927, daß es damals etwa 600 000 überfüllte Wohnungen gab. Eine Reichszählung derjenigen Klasse von Wohnungen, auf die zwei oder annähernd zwei Personen auf den Raum entfallen, gibt es nicht. Da aber auf Preußen rund 60 Prozent aller Wohnungen entfallen, so ergibt sich auf der Grundlage der preußischen Zahlen, daß es von derartigen (ebenfalls überfüllten) Wohnungen in ganz Deutschland Ende 1930 rund eine Million gab.

ERNST KAHN, einer der bekanntesten privaten Fachmänner auf dem Gebiet des Wohnungswesens, beschreibt die Wohnungen, die amtlich als „überfüllt“ gelten, folgendermaßen: „Das sind jene berüchtigten Räumlichkeiten, die jeder Sozialpolitiker schauernd als Brutstätte der Tuberkulose, der Blutschande, des Alkoholismus und vielleicht manchmal auch eines übertriebenen Kindersorgens erlebt.“

Der Reichstagsabgeordnete GRASSMANN (ADGB-Vorstandsmitglied) erklärte vor einem Jahr, daß 13½ Millionen Deutsche zu zwei bis drei Personen auf den Raum, 474 000 zu drei bis vier, 120 000 zu vier bis fünf, 69 000 zu mehr als fünf.

2. Zu diesen überfüllten Wohnungen kommen die abbruchreifen Wohnungen. Nach einer Schätzung von ERNST KAHN gibt es etwa 300 000 solcher Wohnungen. Ministerialdirektor MEYER sagt zu diesem Punkt: „In den Jahren seit 1914 sind nur diejenigen Wohnungen niedergelegt worden, die überhaupt nicht mehr aufrecht stehen konnten.“

3. Ferner gab es vor dem Krieg eine sogenannte Wohnungs-Reserve. Sie belief sich auf etwa 3 Prozent der Wohnungen. Eine Reserve ist erforderlich, um die Freizügigkeit der Bevölkerung zu gewährleisten. Anfang 1930 war die Zahl der vorhandenen Wohnungen, gemäß „Wirtschaft und Statistik“ 15 830 000. 3 Prozent davon würden 475 000 Wohnungen ausmachen. Im Frühjahr 1931 schätzte Ministerialdirektor MEYER diesen Posten des Wohnungsbedarfs (Auffüllung der Reserve) auf 350 000 Wohnungen. Was dieser Posten für den Wohnungsmarkt bedeutet, kann man daran ermessen, daß 1929, im Rekordjahr des Wohnungsbaus, nach dem Krieg 317 700 Wohnungen gebaut wurden.

4. Wenn man den Wohnungsbedarf wegen des Postens „überfüllte Wohnungen“ (Nr. 1) nicht nach der Wohnungszählung, sondern nach der Zahl der Haushaltungen (Eheschließungen u. s. w.) berechnet, die als wohnungslos anzusehen sind, so erhöht sich der Wohnungsbedarf, und zwar sowohl nach amtlichen Schätzungen wie nach den Berechnungen von ERNST KAHN.

5. So viel über den aufgelaufenen, ungedeckten Wohnungsbedarf. Dazu kommt der laufende Bedarf. Nach der amtlichen Berechnung für das ganze Reich beläuft er sich für das Jahrzehnt 1930 bis 1939 auf 220 000 jährlich; und zwar auf je 250 000 für die ersten fünf Jahre (1930 bis 1934) und auf je 190 000 für die folgenden fünf Jahre. Da uns für die Behebung der Krise vor allem die nächsten Jahre interessieren, ist es wichtig, daß der laufende Wohnungsbedarf gerade in dieser Zeit noch sehr hoch sein wird.

Nach den Ausführungen von Ministerialdirektor MEYER sowie nach den Berechnungen von ERNST KAHN ergeben sich sogar noch höhere Ziffern. Die Zahlen von MEYER beziehen sich allerdings nur auf Preußen; aber, wie schon erwähnt, stellen die preußischen Ziffern etwa 60 Prozent des Gesamtbedarfs von Deutschland dar. Auf dieser Grundlage ergibt sich ein jährlicher Wohnungsbedarf für das ganze Reich von 273 000 für 1931 bis 1934 und 185 000 für 1935 bis 1939.

KAHN, der die offizielle Berechnungsmethode des Reichs „für ebenso unhaltbar wie kompliziert“ hält, berechnet für ungefähr die gleichen Perioden (nämlich 1930/34 und 1935/39) einen jährlichen Bedarf von 267 000 bzw. 235 000.

Die Bedeutung des Wohnungs-Fehlbedarfs für den Baumarkt.

Wenn wir nun diese Posten zusammen addieren, so erhalten wir folgendes Ergebnis:

1. „Überfüllte“ Wohnungen (mehr als 2 Köpfe je Raum), nach der niedrigeren, amtlichen Schätzung	700 000
2. Abbruchreife Wohnungen	300 000
3. Wohnungs-Reserve (nach der Statistik des Reichs und KAHNs)	300 000
Fehlbedarf	1 300 000

Somit erhalten wir einen Fehlbedarf von 1 300 000 Wohnungen.

(Hierbei nehmen wir an, daß für jede „überfüllte“ Wohnung eine zweite gebaut werden sollte.) Wenn wir von diesem Fehlbedarf jährlich nur ein Zehntel decken wollen, so müssen wir 130 000 Wohnungen bauen. Hierzu kommt der fünfte Posten, der jährlich auflaufende Neubedarf; er beträgt nach

der niedrigsten Schätzung, wie vorstehend angegeben, je 250 000 für die Jahre 1930 bis 1934. Insgesamt ergibt sich, auf dieser Grundlage, eine

Anforderung an den Wohnungsbau von 380 000 Wohnungen im Jahr.

Wie bereits bemerkt, wurden im Rekordjahr 1929 nur 317 700 Wohnungen gebaut; 1930 sank diese Ziffer auf 311 000, 1931 nach den Angaben des Instituts für Konjunkturforschung sogar auf 240 000 Wohnungen. Gegen Ende 1931 wurde der Wohnungsbau durch die Notverordnungen, insbesondere durch die Bestimmungen über die Hauszinssteuer, fast vollständig lahmgelegt. „Im Jahre 1932 wird sich die Bautätigkeit auf einem Tiefstand ohnegleichen bewegen.“ (Institut für Konjunkturforschung, Vierteljahresbericht von Anfang März 1932.)

Der Wohnungsbedarf rechtfertigt also ein Wohnbau-Programm, das die Jahresleistungen der ganzen Nachkriegszeit übersteigen könnte.

Dabei haben wir in unserer Berechnung jeweils niedrige Schätzungen angenommen und diejenigen überfüllten Wohnungen überhaupt unberücksichtigt gelassen, bei denen „nur“ zwei oder annähernd zwei Personen auf jeden Raum entfallen. Wir haben weiterhin angesetzt, daß von dem aufgelaufenen Fehlbedarf jährlich bloß ein Zehntel gedeckt

wird. Kurzum: die Wohnungsnot würde ohne weiteres ein noch umfangreicheres Wohnungsbau-Programm rechtfertigen.

Wohnungsbau und Siedlung.

Mit all dem ist nicht gesagt, daß dieser ganze Bedarf durch Wohnungen in städtischen Miethäusern gedeckt werden sollte; in gewissem Umfang wären auch Stadtrand-siedlungen angebracht. Zu einem weiteren Teil sollte man auch mit einer Abwanderung von der Großstadt in die Kleinstadt und aufs Land rechnen, wenn gleichzeitig das von uns geforderte Siedlungsprogramm durchgeführt wird. Die ländliche Siedlung würde die Abwanderung ehemaliger Landarbeiter, ferner von Handwerkern, Händlern u. s. w. aufs Land und zur Kleinstadt bewirken und dadurch den Wohnungsbedarf zum Teil dorthin verlegen.

Hinzu kommt, daß der Mangel an Landarbeitern nur behoben werden kann, wenn ihnen unter anderem menschenwürdige Wohnungen geboten werden. Hierzu bemerkt Ministerialrat FAASS: „Der deutsche Osten hat Platz für hunderttausende von Arbeiter-Heimstätten.“

Diese Punkte gilt es zu beachten bei der Auswahl der Orte, an denen das Wohnungsbau-Programm durchgeführt werden soll.

Doch nun zu dem Einwand, ein Wohnungsbau-Programm sei nicht nötig, weil heute so viele Wohnungen leer stünden. Wir können jetzt unser Urteil bilden.

Unsere Schlußfolgerung: Die Wichtigkeit des Wohnungsbaus.

Sicherlich sollten die großen Wohnungen in alten Häusern ausgenutzt werden. Insoweit es rationell ist, kann man sie in kleinere Wohnungen aufteilen und entsprechend umbauen. Aber die so gewonnenen Wohnungen wären ein Tropfen auf den heißen Stein, angesichts der nach wie vor bestehenden Wohnungsnot. Und was das Leerstehen von Neubau-Wohnungen anlangt, so erklärt es sich zum großen Teil dadurch, daß diese Wohnungen zu teuer gebaut worden sind. (Vergleiche den Bericht des „Enquete-Ausschusses“: Der deutsche Wohnungsbau, 1930, Seite 728 bis 732.) Sobald mehr Wohnungen verfügbar sind, werden jene Wohnungen billiger angeboten werden. Ihre Eigentümer müssen dann eben auch wie viele andere Kapitalisten Kapital „abschreiben“, das heißt: auf die Verzinsung des in den Bau gesteckten Kapitals zum Teil verzichten.

Die sozialpolitische Dringlichkeit des Wohnungsbaus wird durch die eben genannten Faktoren nicht beeinträchtigt.

Hinter jenem Einwand, daß wegen der leer stehenden Wohnungen heute ein Wohnungsbau-Programm verfehlt sei, versteckt sich lediglich das Bestreben der Interessenten, um die erforderlichen Abschreibungen heranzukommen.

Und die konjunkturpolitische Bedeutung des Wohnungsbaus ist ebenfalls eindeutig. Welchen Sinn hat der Versuch der Brüning-Regierung gehabt, die Wirtschaft durch Reichsbahn-Bestellungen anzukurbeln? Doch nur das, vor allem der Schwerindustrie Aufträge zu verschaffen. Aber selbst das gelang nur höchst unzulänglich. Wie die Ziffern der Walzwerks-Produktion zeigen, ist in den vergangenen Monaten nur die Erzeugung von Eisenbahnmateriale gestiegen oder wenigstens nicht zurückgegangen. (Im April 1932 sind Verschiebungen eingetreten, wohl wegen Rußland-Lieferungen.) Aber der Ausfall an Nachfrage für andere Walz-

werksprodukte ist derartig katastrophal, daß der Produktionsrückgang bei der Schwerindustrie trotz aller Regierungshilfen nicht aufzuhalten war.

Kurzum: durch die bisherigen Ankurbelungsversuche kann man noch nicht einmal die Schwerindustrie aufrecht erhalten. Und das ist notwendiger Weise so. Denn diese Subventionen beschneiden die Massenkraft zu Gunsten weniger, bevorzugter Interessenten. Die Verwendung von öffentlichen Mitteln zum Wohnungsbau — bei dem dann unbedingt dazu gehörigen Abbau der Kartellpreise — dagegen stärkt die Massenkraft.

Denn von den Mitteln, die man zum Wohnungsbau verwendet, entfällt ein größerer Teil auf Löhne als von denjenigen Mitteln, mit denen Produkte der Schwerindustrie bezahlt werden. Außerdem gestattet die Vermehrung von Wohnungen und die daraus sich ergebende Mietsenkung sowie die (zunächst) mittelfreie Abgabe der neuen Wohnungen, daß die Wohnungsinhaber mehr Kaufkraft auf andere Waren (Nahrungsmittel, Kleider) richten.* Herbert Reinmann.

* Wer sich über die hier behandelte Frage eingehender unterrichten will, findet einen Ueberfluß von Material an den folgenden Stellen:

Angaben von Ministerialdirektor MEYER, vom Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, in „Wohnungswirtschaft“ Nr. 9/10, vom 28. Mai 1931, Seite 186.

Angaben von Reichstagsabgeordneten GRASSMANN, ebenda, Seite 186.

ERNST KAHN, in der „Wirtschaftskurve“ 1930, Heft III, Seite 283 ff.

FRANZ FUERTH, in der „Wohnungswirtschaft“ 1931, Heft III, Seite 295.

FERDINAND FALK, in „Wohnungswirtschaft“ Nr. 20 und 22, vom 15. Oktober und 15. November 1931.

Wie Fehlinvestitionen entstehen.

3 Meldungen aus der Türkei.

Die Türkei hat die Papiereinfuhr kontingentiert. Infolgedessen machte sich neuerdings ein Mangel an Papier bemerkbar, und das Wirtschaftsministerium sah sich veranlaßt, von der für Juni festgelegten Kontingent-Menge von 6000 kg 5000 kg schon im Mai freizugeben. Die Importeure hoffen, daß nun auch im Juni eine zusätzliche Menge Papier zur Einfuhr freigegeben wird.

Zur Errichtung einer Papierfabrik hat sich in Stambul unter Beteiligung der nationalen Banken ein Konsortium mit einem Kapital von ungefähr 3 Millionen Mark gebildet. Die Fabrik soll nach deutschem Muster gebaut werden. Der Bau soll in zwei Monaten beginnen. Die Fabrik soll unter Leitung eines ausländischen Fachmannes Zeitungspapier und Packpapier, aber auch andere Papiere herstellen.

AHMET HULUSI BEY, ein Tapetenfabrikant, beabsichtigt, eine weitere Papierfabrik zur Herstellung von Pack- und Tapetenpapier zu errichten.

Die Kontingentierung erzeugt einen Warenmangel; um dem abzuhelfen, werden neue Fabriken errichtet. Sind diese erst gebaut, so wird sich bald zeigen, daß sie mit den alt eingearbeiteten ausländischen Fabriken nicht so leicht konkurrieren können; dann wird der „Schutz der nationalen Arbeit“ notwendig, das heißt: Zölle, neue Kontingentierungen u. s. w.

Das ist in der Nachkriegszeit der Verlauf in gar vielen Industriezweigen vieler Länder gewesen, wenn auch der Beginn nicht so klar ersichtlich wurde wie durch diese drei Meldungen.

„Niedriger Preis schädigt den Verbraucher.“

Wer diese Behauptung nicht versteht, lese die nachstehende Urteilsbegründung des Prager Handelsgerichtes:

„Unterbietungen sind vom Standpunkt der Interessen der Konkurrenten wie auch vom nationalwirtschaftlichen Standpunkt aus unerwünscht. Der Unterbieter schadet nicht nur den Erzeugern, seinen Konkurrenten, sondern auch den Verbrauchern, da der Erzeuger, dessen Erzeugnisse infolge des Unterbietens unter einem bestimmten Minimalpreis verkauft werden, kein Interesse an der weiteren Fabrikation hat oder wenigstens nicht in der bisherigen Qualität. Es kommt dazu, daß so ein Erzeugnis überhaupt nicht mehr erzeugt wird, oder daß sich seine Qualität beträchtlich verschlechtert.“

Das eiserne Fabrikationsgesetz, nach welchem der Fabrikant für sein Erzeugnis den angemessenen Wert mit Hinzurechnung seines Gewinnes erhält, läßt sich auch mit Unterbietungen nicht ändern. Es wird sonach die nicht eingeweihte Öffentlichkeit durch Unterbieter irreführt, wenn sie behaupten, daß sie im Interesse der Konsumenten handeln und zur Verbilligung der Erzeugnisse beitragen wollen. Es ist hervorzuheben, daß durch die Aktion eines vereinzelt Geschäftsmannes nie eine allgemeine Ermäßigung der Preise erzielt wird. Der wahre und einzige Grund solcher Unterbietungen ist in der Erreichung eines besonderen individuellen Vorranges zu suchen, Vorteil und Vorsprung gegenüber anderen Konkurrenten zu gewinnen, welche diese Taktik nicht anwenden.“

Man weiß wirklich nicht, ob man mehr über die Dummheit oder über die Verlogenheit dieser Urteilsbegründung staunen soll.

H. Lm.

Konsumwandlungen.

Der Bierverbrauch geht zurück.

Gesamter Bierverbrauch im Deutschen Reich:

Rechnungsjahr	in 1000 Litern	auf den Kopf der Bevölkerung	
		in Litern	in Litern
1913/14	68 818	102,1	
1926/27	47 962	76,1	
1927/28	51 173	80,8	
1928/29	54 556	85,6	
1929/30	57 614	90,0	
1930/31	48 084	74,7	
1931/32	37 093	57,1	

Der Verbrauch an Südfrüchten steigt.

Einfuhr von Südfrüchten nach dem Deutschen Reich:

Rechnungsjahr	auf den Kopf der Bevölkerung in kg	
	1923	1931
1923	0,70	
1924	4,77	
1925	6,09	
1926	6,20	
1927	6,72	
1928	7,85	
1929	7,76	
1930	9,92	
1931	8,57	